



Position der Wirtschaftskammer Österreich zum
REFLEXIONSPAPIER ÜBER
DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN VERTEIDIGUNG

September 2017

Inhalt

Einleitung	2
Executive Summary des Reflexionspapiers.....	2
Grundsätzliche Anmerkungen	3
SZENARIO A) Zusammenarbeit im Sicherheits- und Verteidigungsbereich	5
SZENARIO B) Geteilte Verantwortung für Sicherheit und Verteidigung	6
SZENARIO C) Gemeinsame Verteidigung und Sicherheit.....	8

The Austrian Federal Economic Chamber (WKÖ) is the legal representation of interests for approximately 500.000 companies from all sectors as well as social partner on behalf of the employers. WKÖ is registered under No 10405322962-08 in the transparency register of the European Commission and the European Parliament.

Einleitung

Am 7. Juni 2017 hat die Europäische Kommission ihr Reflexionspapier zur Zukunft der Europäischen Verteidigung veröffentlicht. Dieses Dokument ist das vierte von fünf themenspezifischen Papieren zur Stimulierung der Diskussion über die Zukunft der EU.

Das Reflexionspapier ergänzt die laufenden Arbeiten im Zusammenhang mit dem Verteidigungspaket, das der Europäische Rat im Dezember 2016 gebilligt hat. Hierbei geht es um die Umsetzung der Globalen Strategie der EU im Sicherheits- und Verteidigungsbereich und des Europäischen Verteidigungs-Aktionsplans sowie um den Rahmen für die Zusammenarbeit mit der NATO. Nachdem bereits in der im Juni letzten Jahres veröffentlichten „EU Global Strategy“ eine starke europäische Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft für die Glaubwürdigkeit der GSVP gefordert worden war, verdeutlichte der Europäische Verteidigungs-Aktionsplan einmal mehr die Notwendigkeit des Erhalts und der Weiterentwicklung einer global wettbewerbsfähigen europäischen Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft.

Aufbauend auf diesen Fortschritten beschreibt nun das Reflexionspapier die wichtigsten Trends und Herausforderungen, die für die Zukunft der europäischen Sicherheit und Verteidigung maßgeblich sind. Das Papier stellt drei mögliche Szenarien für die Fortführung der Sicherheits- und Verteidigungskooperation der EU-Staaten bis 2025 dar, die sich gegenseitig nicht ausschließen, sich jedoch jeweils durch das Ausmaß, in dem die EU ein gemeinsames Handeln im Sicherheits- und Verteidigungsbereich anstrebt, deutlich unterscheiden.

Executive Summary des Reflexionspapiers

Die sich verändernde Sicherheitslage in der Umgebung der EU erfordert **eine verstärkte europäische Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen und der Verteidigung**, um den Bürgern und Bürgerinnen den notwendigen Schutz bieten zu können. Die Mitgliedstaaten der Union können mit der EU aufbauend auf die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sich gemeinsam neuen Bedrohungen stellen und mit europäischem Mehrwert Schritte für eine Verbesserung und Verstärkung der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene setzen. Die EU kann den Ausbau der Verteidigungsfähigkeiten und deren Verbesserung sowie die Technologieentwicklung durch die Förderung systematischer Zusammenarbeit unterstützen und die Koordinierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit Partnern übernehmen. Der EU-Ansatz als Mischung aus Soft Power und Hard Power stellt dafür ein integriertes Konzept zentraler Bedeutung dar.

Strategische und politische Faktoren:

Zusammengenommen scheinen die europäischen Länder mit den insgesamt zweithöchsten Militärausgaben der Welt grundsätzlich gut vorbereitet, jedoch muss der steigende Mitteleinsatz effizienter gestaltet und gebündelt werden. In der heutigen konfliktreichen, komplexen und vernetzten Welt verschwimmen die Grenzen der inneren und äußeren Sicherheit. Die Zusammenarbeit mit Partnern wie der NATO bleibt die bevorzugte Lösung, jedoch muss die EU vermehrt in der Lage sein, selbst die Sicherheit ihrer Bürger und Bürgerinnen garantieren zu können. Sicherheit und Verteidigung sollten daher integrale Bestandteile der Tätigkeit der Union sein.

Wirtschaftliche und technologische Faktoren:

Die stark fragmentierten Verteidigungsmärkte Europas führen in der EU zu einer mangelhaften Interoperabilität und Opportunitätskosten im Ausmaß von geschätzten 30 Mrd. EUR. Im Verhältnis dazu sind die geschaffenen Verteidigungsfähigkeiten eher moderat. Der zunehmende Wettbewerb unter global agierenden Industrieunternehmen erfordert eine effizientere Ressourcennutzung auf europäischer Ebene, die nur durch eine Bündelung und Integration der besten industriell-gewerblichen und technologischen Fähigkeiten möglich wird. Skaleneffekte, die durch verstärkte Zusammenarbeit entstehen, sowie die Koordinierung umfangreicher Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen können hierbei zu einer Steigerung der Wirksamkeit und Effizienz im Sicherheits- und Verteidigungssektor führen.

Europa 2025 - mögliche Entwicklungen im Sicherheits- und Verteidigungsbereich:

Im Wesentlichen identifiziert das Reflexionspapier fünf Kernbereiche in drei Szenarien, die sich in ihren jeweiligen Ambitionen in den Kernbereichen unterscheiden.

- 1) eine vermehrte, systematische Zusammenarbeit und schrittweise Integration;
- 2) eine stärkere Angleichung der Strategiekulturen und Reaktionsformen auf Bedrohungen, die zu gemeinsamen Beschlüssen und Vorgehensweisen sowie größerer finanzieller Solidarität führt;
- 3) eine Stärkung der europäischen Verteidigung durch gemeinsames und abgestimmtes Handeln der EU und der NATO;
- 4) eine Effizienzsteigerung in den Verteidigungsausgaben und die Einrichtung eines leistungsfähigen Europäischen Verteidigungsfonds für die Entwicklung von Schlüsseltechnologien sowie eine verstärkte Interoperabilität, damit Doppelgleisigkeiten und Lücken in der Verteidigungsfähigkeit vermieden werden können;
- 5) einen Binnenmarkt für Verteidigungsgüter, der mehr Wettbewerb, einen grenzüberschreitenden Marktzugang für kleinere Unternehmen entlang der Lieferkette, eine stärkere Spezialisierung, Größenvorteile für Zulieferer, optimierte Produktionskapazitäten, niedrigere Produktionskosten sowie verbesserte Versorgungssicherheit ermöglicht.

Grundsätzliche Anmerkungen

Die Wirtschaftskammer Österreich bekennt sich als verfassungsmäßig eingerichtete sozialpartnerschaftliche und gesetzliche Interessenvertretung uneingeschränkt und in vollem Umfang zu den gesetzlichen Grundlagen der Republik Österreich. Sie nimmt daher in der vorliegenden Bewertung lediglich zu den wirtschaftlichen Aspekten des Reflexionspapiers Stellung. Auf politische Fragen, insbesondere auf Fragen der weiteren europäischen Integration sowie verfassungsrechtliche Aspekte für die Republik Österreich wird nicht eingegangen.

Der Erhalt und die Weiterentwicklung einer österreichischen Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft (dzt. ca. 100 Unternehmen mit einem Jahresumsatz von rund 2,5 Mrd. Euro, ca. 11.000 direkt plus ca. 20.000 indirekt Beschäftigten) sind über den Beitrag zu einer europäischen industriell-gewerblichen Basis im Sicherheits- und Verteidigungsbereich, insbesondere in Hinblick auf die technologische Unabhängigkeit und die nötige Liefersicherheit (Security of Supply), von gesamtstaatlichem Interesse für Österreich. Daher gilt es wegen der besonderen Rolle des Staats, der in diesem Bereich gesamtstaatliche, wirtschaftliche, europa- wie auch verteidigungspolitische Interessen verfolgt, gleichzeitig

Hauptkunde ist und auch den regulatorischen Rahmen bestimmt, für die Entwicklung der Verteidigungswirtschaft jene Maßnahmen zu setzen, die eine erfolgreiche Weiterentwicklung des Sektors im Inland und in Europa ermöglichen und mit den gesamtstaatlichen Zielen im Einklang stehen.

Über viele Jahrzehnte war der Sicherheits- und Verteidigungsbereich von der Supranationalität der Europäischen Union ausgeschlossen und somit mit Gemeinschaftsinstrumenten nicht gestaltbar. So konnten binnenmarkt- und industriepolitischen Ansätze der EU-Kommission nicht fruchten.

Dadurch kam die notwendige Anpassung der national geprägten Märkte für Sicherheits- und Verteidigungsgüter nur schleppend voran. Gleichwohl gab es auch in der Vergangenheit einige Unternehmen, die europaweit agierten, sich dabei aber typischerweise jeweils lokaler Tochterunternehmen bedienten.

Spätestens mit der Mitteilung der EU-Kommission „Eine Strategie für eine stärkere und wettbewerbsfähigere europäische Verteidigungsindustrie“ vom 5. Dezember 2007 (COM (2007) 764) veränderte sich deren Herangehensweise, da damit mehr industriepolitische und binnenmarktspezifische Instrumente auch für den Verteidigungsbereich (z.B. Verteidigungsvergaberechtrichtlinie, Richtlinie zum innergemeinschaftlichen Transfer von Sicherheits- und Verteidigungsgütern, vorbereitende Maßnahme für die Verteidigungsforschung, etc.) Anwendung finden.

Das Reflexionspapier zur Zukunft der europäischen Verteidigung vom 7. Juni 2017 stellt drei Szenarien zur stärkeren Integration des Verteidigungsbereichs dar, wobei insbesondere das dritte Szenario, „Gemeinsame Verteidigung und Sicherheit“, aus heutiger Sicht weit über die derzeitigen politischen Realitäten hinausginge.

Die weiteren Anmerkungen gliedern sich entsprechend dem Aufbau des Reflexionspapiers über die Zukunft der Europäischen Verteidigung in drei Szenarien:

- 1. Zusammenarbeit im Sicherheits- und Verteidigungsbereich**
- 2. Geteilte Verantwortung für Sicherheit und Verteidigung**
- 3. Gemeinsame Verteidigung und Sicherheit**

SZENARIO A) Zusammenarbeit im Sicherheits- und Verteidigungsbereich

Darstellung

Methoden der Zusammenarbeit

Auch wenn eine Intensivierung der Zusammenarbeit notwendig wird, kann in diesem Szenario über diese auf freiwilliger Basis und im Einzelfall entschieden werden. Damit ist der Handlungsspielraum der EU vom Einvernehmen zwischen den Mitgliedstaaten abhängig. Die auf Freiwilligkeit basierende Finanzierung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen resultiert in einer unzureichenden Zusammenarbeit in kritischen Bereichen und, vorhersehbar, in einer mangelnden Solidarität.

Partnerschaften und Missionen

Die Teilnahme an den anspruchsvollsten Operationen und Missionen beschränkt sich auf den Kapazitätsaufbau vor Ort. Bemühungen der Mitgliedstaaten und von Partnern wie z.B. der NATO werden im Akutfall seitens der EU durch ihre hohe, sogenannte „Soft-Power-Expertise“ und dem breiten Repertoire an politischen und diplomatischen Lösungsansätzen ergänzt. Das Format und die Struktur der gegebenen Zusammenarbeit zwischen EU und NATO werden in der jetzigen Form beibehalten.

Innere und äußere Sicherheit

Nichtkonventionellen Bedrohungen kann auf nationaler Ebene mit stärkerer Unterstützung durch die EU entgegengetreten werden. Die EU konzentriert sich dabei vor allem darauf, den systematischen Informationsaustausch zu erleichtern, während die Mitgliedstaaten bei der Überwachung und beim Schutz der EU-Außengrenzen von der Europäischen Grenz- und Küstenwache unterstützt werden.

Entwicklung von Fähigkeiten

Die Entwicklung ausgewählter Schlüsseltechnologien und gemeinsamer Fähigkeiten soll durch den geplanten Europäischen Verteidigungsfonds und ein in Vorbereitung befindliches Verteidigungsforschungsprogramm ermöglicht werden, um eine größere strategische Autonomie Europas bei diesen und die Verbesserung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses zu garantieren.

Verteidigungsindustrie

Die Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft bleibt fragmentiert, und Schwierigkeiten beim Erhalt des notwendigen Fähigkeitsspektrums in Europa sind zu erwarten.

Einschätzung der WKÖ

Das beschriebene Szenario stellt im Wesentlichen den Status quo bzw. die Situation ohne Einrichtung von vergemeinschafteten EU-Instrumenten, wie z.B. die Stärkung der EU-Verteidigungsforschung oder die Einrichtung eines EU-Verteidigungsfonds, dar. Die Instrumentarien befinden sich derzeit noch in der Vorbereitungs- bzw. Konzeptionsphase. Eine Implementierung im kommenden mehrjährigen Finanzrahmen ist nicht konkretisiert.

Trotz einiger intergouvernementaler Bemühungen, insbesondere im Rahmen der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA), gibt es derzeit noch einige Doppelgleisigkeiten und ein noch relativ hohes Maß an Fragmentierung in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft. Dies auch deshalb, weil einige Staaten, wie zum Beispiel

Deutschland, Frankreich, Italien, Schweden, Spanien und das Vereinigte Königreich (die sogenannten LOI 6) sowie auch Polen auf den Erhalt einer möglichst umfassenden nationalen Industrie in diesem Sektor bestehen und trotz der Änderungen im EU-Vergaberecht zugunsten eines offenen Wettbewerbs einen Großteil der Sicherheits- und Verteidigungsaufträge national vergeben. Möglich ist dies insbesondere auch durch das zulässige Zuschlagskriterium der Versorgungs- und Liefersicherheit, das beim derzeitigen, rechtlich rein national ausgerichteten Exportkontrollsystem (Militärgüterlieferungen können auch innerhalb der EU jederzeit untersagt werden) nur durch nationale Lieferanten umfassend gewährleistet werden kann.

Für die Wirtschaft in Ländern wie Österreich, die einerseits nur über eine bescheidene Nachfrage des Sektors aus dem Inland verfügen und andererseits durch Klein- und Mittelbetriebe geprägt sind, die oft Teil einer größeren Lieferkette sind, birgt die Beibehaltung des Status Quo (also ohne Umsetzung der nun von der EU vorgeschlagenen Instrumente wie z.B. der vorbereitenden Maßnahme für die Verteidigungsforschung und den Europäischen Verteidigungsfonds) Risiken.

Einerseits verfügt Österreich über nur wenige Systemproduzenten in diesem Bereich und kann daher für die eigenen Beschaffungen das Argument der Versorgungs- und Liefersicherheit nur selten ins Treffen führen. Andererseits hat sich Österreich mit dem „Quasi-Verbot“ von Gegengeschäften selbst ein bisher wirksames Instrument zur Positionierung von österreichischen Unternehmen in den Lieferketten ausländischer Systemproduzenten genommen. Daher bedarf es neuer Instrumente der grenzüberschreitenden industriell-gewerblichen Kooperation, die insbesondere durch die Initiativen in der europäischen Verteidigungsforschung und den Europäischen Verteidigungsfonds Unterstützung finden könnten.

SZENARIO B) Geteilte Verantwortung für Sicherheit und Verteidigung

Darstellung

Methoden der Zusammenarbeit

In diesem Szenario bündeln die Mitgliedstaaten bestimmte finanzielle und operative Ressourcen und teilen Verantwortung, wodurch eine weitaus größere Solidarität im Verteidigungsbereich möglich scheint. Eine raschere Beschlussfassung ermöglicht eine größere Reaktionsfähigkeit, die der EU strategische Autonomie erlaubt, um alleine oder mit Partner zu handeln.

Partnerschaften und Missionen

Um militärische Macht zu projizieren, kann die EU in diesem Szenario Operationen hoher Intensität zur Bewältigung externer Krisen durchführen. Die Zusammenarbeit zwischen der EU und NATO wird enger und es findet eine enge Koordinierung hinsichtlich der Mobilisierung der nötigen Ressourcen statt.

Innere und äußere Sicherheit

Die EU engagiert sich stärker für den Schutz Europas innerhalb und außerhalb seiner Grenzen und unterstützt den systematischen Informationsaustausch von Mitgliedstaaten, besonders in den Bereichen Terrorbekämpfung, hybride Bedrohungen, Cyber-Sicherheit und Grenzschutz. Sie wertet dabei die Verteidigungs- und Sicherheitsdimension ihrer Energie-, Gesundheits-, Zoll- oder Weltraumpolitik auf.

Entwicklung von Fähigkeiten

Die Zusammenarbeit wird zur Regel und führt zu verstärkter Angleichung der nationalen Verteidigungsplanung und einer gemeinsamen Finanzierung und Beschaffung wichtiger, multinationaler Verteidigungsfähigkeiten, die die Interoperabilität verbessern und helfen sollen Doppelgleisigkeiten zu vermeiden. Ein ambitionierter Europäischer Verteidigungsfonds erlaubt die gemeinsame Entwicklung und Beschaffung komplexer Plattformen (strategischer Transport, ferngesteuerte Flugsysteme, Meeresüberwachung, Satellitenkommunikation, Offensivfähigkeiten).

Es kommt zur Schaffung

- einer gemeinsamen Planungs- und Kommandostruktur, sowie einer gemeinsamen Militärkultur;
- abrufbaren, multinationalen Streitkräfte-Komponenten;
- medizinischer Korps;
- eines EU-weiten Lufttransportkommandos.

Verteidigungsindustrie

Die EU investiert vermehrt in kritische Verteidigungstechnologien (AI, Biotechnologie, Hochleistungsrechner) und monitort ausländische Direktinvestitionen in diesen Bereichen durch eine europäische Beobachtungsstelle. Durch Größenvorteile, die sich durch eine konsolidierte, in einem EU-weiten Markt für Verteidigungsgüter agierende Verteidigungsindustrie und KMUs entlang der Lieferkette ergeben, kommt es zu einer effizienteren Ressourcennutzung.

Einschätzung der WKÖ

Wie bereits in den grundsätzlichen Anmerkungen zuvor dargelegt, beziehen sich die Einschätzungen der WKÖ ausschließlich auf die wirtschaftliche Dimension dieses Szenarios.

Unbestreitbar ist, dass durch eine stärkere Integration der Streitkräfte der EU-Mitgliedstaaten ein größerer Bedarf an Interoperabilität und daher auch an einer Angleichung der Ausrüstung entstehen würde. Dies würde wiederum zur Folge haben, dass sich auch die europäische Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft voraussichtlich stärker konsolidieren würde.

Dies wird kaum zu mehr Wettbewerb führen. Insgesamt ist zu beachten, dass der europäische Verteidigungsgütermarkt nur schwer als funktionierender Markt angesehen werden kann. Einer recht überschaubaren Nachfragegruppe (EU-Staaten) steht eine ebenso überschaubare Gruppe von Anbietern gegenüber. Darüber hinaus haben die EU-Staaten und die EU ein strategisches Interesse am Erhalt und an der technologischen Weiterentwicklung der Anbieter in Europa.

Eine weitere Konsolidierung der Anbieterseite führt vorhersehbar zu einer Reduktion der wirtschaftlichen Akteure. Nimmt man den US-amerikanischen Verteidigungsgütermarkt als Referenz, kann man beobachten, dass es dort in einigen Bereichen praktisch zur Entwicklung von Oligopolen oder sogar Monopolen gekommen ist. Ob eine vergleichbare Entwicklung in Europa mit rein wettbewerbsrechtlich orientierten Ansätzen zu bewältigen wäre, ist zweifelhaft, zumal schon heute Tendenzen zur „Renationalisierung“ von Lieferketten bei der europäischen Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft erkennbar sind. Dem müsste die EU entschieden entgegenwirken.

Ob, in welchem Ausmaß bzw. mit welchen Maßnahmen Europa oder Mitgliedstaaten eine europäische Kontrolle von Investitionen von außereuropäischen Akteuren in kritische Infrastruktur ausüben sollen, ist Gegenstand einer aktuellen politischen Diskussion. Österreich hat Regelungen zur Kontrolle erst im Jahr 2011 im Zuge einer Novellierung des Außenwirtschaftsgesetzes eingeführt und hat keine lange Tradition in diesem Bereich. Handlungsleitend ist für Österreich die Offenheit für die Investitionen ausländischer Unternehmen auch im Hochtechnologiesektor. Dennoch nachvollziehbar ist, dass die EU im Falle stärkeren Investments Interesse am Schutz und der Kontrolle der mit EU-Hilfe entwickelten Technologien hat.

SZENARIO C) Gemeinsame Verteidigung und Sicherheit

Darstellung

Methoden der Zusammenarbeit

Es kommt zu einer schrittweisen Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik bis hin zur Schaffung einer Sicherheits- und Verteidigungsunion auf Grundlage des Artikels 42 des EU-Vertrags mit mehr Solidarität und gegenseitiger Hilfe. Dies ermöglicht einer Gruppe von Mitgliedstaaten eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der europäischen Verteidigung. Eine verstärkte Integration der Verteidigungskräfte und Vorausstationierung erlaubt einen permanent raschen Einsatz im Ernstfall.

Partnerschaften und Missionen

Durch ein höheres Niveau an Integration der Verteidigungskräfte der Mitgliedstaaten können in diesem Szenario hochwirksame Sicherheits- und Verteidigungseinsätze durchgeführt werden. Der Schutz Europas wird zum Vorteil beider Seiten der Verantwortung von EU und NATO unterstellt, mit dem Ziel die Resilienz Europas zu stärken.

Innere und äußere Sicherheit

Die systematische Überwachung und gemeinsame Bewertung von Sicherheitsbedrohungen durch enge Zusammenarbeit nationaler Sicherheits- und Nachrichtendienste wird gefördert. Die dabei stattfindende Verknüpfung nationaler Sicherheitsinteressen führt zur einer gemeinsamen Definition der europäischen Sicherheitsinteressen.

Entwicklung von Fähigkeiten

Die EU stimmt sich bei der Fähigkeitsentwicklung, basierend auf vereinbarte Prioritäten sowie auf enge Zusammenarbeit, Integration oder Spezialisierung, ab. Sie verstärkt ihre eigene Resilienz durch sektorbezogene Maßnahmen im Bereich Cybersicherheit, Schutz kritischer Infrastrukturen und durch die Bekämpfung gewaltbereiter Formen des Extremismus. Die Union unterstützt gemeinsame Verteidigungsprogramme mit dem Europäischen Verteidigungsfonds und einer eigenen Europäischen Agentur für Verteidigungsforschung, die Spitzen-Knowhow bündelt und die Entwicklung von Schlüsseltechnologien unterstützt.

In diesem Szenario vorgesehen ist die Schaffung

- einer europäischen Verteidigungsakademie, welche die Konvergenz der Militärkulturen fördert;
- ständiger europäischer Seestreitkräfte
- von Plattformen zur Gewinnung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse;
- einer europäischen Katastrophenschutztruppe;
- fester Verfahren zur schnellen Verlegung militärischer Ausrüstung;
- europäischer Aufklärungs- und offensiver Cyberfähigkeiten.

Verteidigungsindustrie

Ein europäischer Überwachungsmechanismus zum Schutz wichtiger strategischer Aktivitäten und Schlüsseltechnologien vor feindlicher Übernahme durch außereuropäische Akteure wird eingesetzt. Durch die Schaffung kollaborativer, multinationaler Entwicklungs- und Beschaffungsprogramme, die aus dem gemeinsamen EU-Haushalt finanziert werden, entsteht ein europäischer Markt für Verteidigungsgüter. Das Zusammenspiel von Wettbewerb, Konsolidierung, Spezialisierung, die Schaffung von Größenvorteilen, die gemeinsame Nutzung teurer militärischer Mittel und technologischer Innovation führt zu einer effizienteren Erfüllung von Verteidigungsaufgaben und technologischer Unabhängigkeit, mit dem Ziel die Verteidigungskosten zu senken und Europa besser für den internationalen Wettbewerb vorzubereiten.

Einschätzung der WKÖ

Im Wesentlichen decken sich die Überlegungen zu diesem Szenario mit jenen zum Szenario B, wengleich die dort geäußerten Bedenken durch das zentrale Handeln der EU als „Nachfragemonopolist“ stärkerer Beachtung bedürften.

Insbesondere bedarf es für dieses Szenario eines starken Mechanismus, der sicherstellt, dass Unternehmen in der gesamten EU faire Bedingungen im Wettbewerb um die Aufträge haben. Zeitgleich müsste ein ausschließlich europäisches Exportkontrollsystem eingerichtet werden, um sicherzustellen, dass europäische Unternehmen, egal in welchem EU-Mitgliedstaat sie operieren oder aus welchem EU-Mitgliedstaat sie Komponenten beziehen, gleiche Regelungen vorfinden. Andernfalls würden die Unternehmen sukzessive in jene EU-Mitgliedstaaten migrieren, die über das vorteilhafteste Exportkontrollregime verfügen, was wiederum zu einer regionalen Konzentration der Wertschöpfung und von Arbeitsplätzen führen würde.

Weiters sind auch für dieses Szenario die schon zu Szenario B angebrachten Zweifel an der Vollständigkeit des EU-Sicherheits- und Verteidigungsmarktes zu unterstreichen. Eine durch Szenario C vollständige Integration im Verteidigungsbereich und ein damit verbundenes Nachfragemonopol auf EU-Seite ist kein Garant für ein besseres Funktionieren von Märkten, sondern birgt auch die Gefahr, dass es auch auf der Anbieterseite zu einer nicht wünschenswerten Reduktion der Akteure kommen könnte. Hierbei würden sich wohl nur wenige europäische Großunternehmen durchsetzen und die in einzelnen Lieferketten engagierten Klein- und Mittelbetriebe einem noch stärkeren Druck ausgesetzt sein. Aus Sicht der WKÖ ist jedenfalls eine möglichst breite und wettbewerbsfähige industriell-gewerbliche Basis im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft wünschenswert.

Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte:

Dr. Reinhard Marak
GF ARGE Sicherheit und Wirtschaft
Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ)
Wiedner Hauptstraße 63
A-1045 Wien

T: +43 5 90 900 3447
E: reinhard.marak@wkoarge.at
I: www.wkoarge.at

MMag. Rudolf Lichtmanegger
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik
Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ)
Wiedner Hauptstraße 63
A-1045 Wien

T: +43 5 90 900 4411
E: rudolf.lichtmanegger@wko.at
I: www.wko.at/wp